

Entwurf

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (0461) 144 08 310
info@ssw.de

Kommunalpolitische Leitlinien des SSW

zu den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein am 14. Mai 2023

SSW – Damit das Leben bezahlbar bleibt!

JETZT ERST RECHT.

Diskutiert und beschlossen auf den Hauptausschuss-Sitzungen am 20.11.2022 und 07.02.2023 sowie dem außerordentlichen Landesparteitag am 25.03.2023.

I. Der SSW ist die regionale Alternative für den Norden.

Die Kommunalwahlen am 14. Mai 2023 finden im Schatten des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine, der schwersten internationale Krise seit dem 2. Weltkrieg, statt. Nicht nur die Menschen in der Ukraine sind davon katastrophal betroffen - auch bei uns spürt die Bevölkerung durch die Inflation, die hohen Energie- und Wohnungspreise die Folgen des unverantwortlichen Kriegs. Gerade die Kreise und Kommunen vor Ort müssen viele dieser Probleme schultern. Dabei wäre es dringend notwendig endlich die Klimaherausforderungen anzugehen.

Als Partei der dänischen Minderheit und der Friesen wissen wir, wie wichtig es ist, dass das Leben in der Region für die Menschen bezahlbar bleibt, dass die soziale Sicherung auf hohem Niveau erhalten bleibt, und dass wir den Klimawandel ernst nehmen. Denn dies ist die Lebensgrundlage für uns im Norden – ob Mehrheit oder Minderheit. Deshalb vertritt der SSW auch seit jeher nicht nur die engeren Interessen des dänischen und des friesischen Bevölkerungsteils, sondern erhebt stets seine Stimme, wenn regionalpolitische und allgemeine gesellschaftspolitische Probleme in den Kommunen gelöst werden müssen.

Dabei orientiert sich der SSW in vielen Bereichen an skandinavischen Vorbildern, beispielsweise in der Sozial- oder in der Energie- und Klimapolitik. Dies gilt auch, wenn es darum geht, welche Aufgaben die Kommunen vor Ort lösen sollten. Der SSW hat gute Antworten auf die vielen drängenden Fragen, die unsere Kommunen bewegen. Seit 2021 ist der SSW wieder im Bundestag und seit 2022 wieder mit einer starken Landtagsfraktion in Kiel vertreten. Diese neue Stärke des SSW gilt es auch in den Kreisen und Kommunen zu festigen. Deshalb gehen wir voller Selbstbewusstsein in den Wahlkampf mit dem Motto: „**SSW – Damit das Leben bezahlbar bleibt**“. Der SSW ist und bleibt die regionale Alternative für die Menschen im Norden.

II. Der SSW will Verantwortung in den Kommunen im Norden übernehmen.

Der SSW ist als Partei der dänischen Minderheit und der Friesen eine unabhängige Kraft, die keinem der politischen Blöcke angehört. Politische Zusammenarbeit beruht für uns auf inhaltlichen Gemeinsamkeiten und sachlicher Überzeugungsarbeit - nicht auf machtpolitischen Erwägungen.

Den SSW gibt es seit 75 Jahren – seit 1948 - nur im Norden, und wir treten daher auch nur mit eigenen Kandidaten und Kandidatinnen im nördlichen Landesteil an. Wir machen Politik für uns hier oben im Norden. Unsere Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker sind immer bereit, mit allen demokratischen Parteien oder politischen Strömungen konstruktiv und pragmatisch zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger zusammen zu arbeiten. Unsere Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker sind lokal verwurzelt, bürgernah und kennen die Probleme vor Ort.

Bei den Kommunalwahlen ist der SSW traditionell überall dort stark, wo es auch eine große dänische Minderheit gibt oder wo viele Friesen beheimatet sind. Die politischen Ergebnisse des SSW der letzten fünf Jahre in den Hochburgen der Minderheiten können sich mehr als sehen lassen. Überall dort, wo wir größere politische Mitverantwortung tragen, haben wir Gutes für die Menschen bewegen können. Diese Erfolge wollen wir fortführen, in den kreisfreien Städten Flensburg und Kiel ebenso wie in den Kreisen Schleswig-Flensburg, Nordfriesland und Rendsburg-Eckernförde als auch in den größeren Städten und Kommunen des Landesteils Schleswig und auf der Insel Helgoland.

Der SSW hat eine lange Tradition, wenn es darum geht, in den Kommunen des nördlichen Landesteils politisch mitzuregieren und seinen Einfluss geltend zu machen. Der SSW kann auf fast 180 tüchtige Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in den Kreisen, Gemeinden und Städten des ganzen Landesteils Schleswig zählen. Der SSW ist also eine ausgeprägte kommunale Partei, die in den vergangenen Jahrzehnten als unabhängige regionale Kraft immer eine wichtige Rolle in den Kommunen des Landesteils gespielt hat. Wir wollen auch in Zukunft Verantwortung übernehmen, damit wir die Geschicke der Kommunen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger aktiv mitgestalten können.

Damit der SSW seine erfolgreiche Politik aus dem Bundestag und dem Landtag auch in Kreisen und Kommunen des Landesteils Schleswig, in Kiel und auf der Insel Helgoland weiterführen und seine politischen Ziele umsetzen kann, müssen wir so stark wie möglich in den kommunalen Gremien vertreten sein. Das Wahlziel des SSW ist es daher mindestens drei Prozent der Stimmen in Schleswig-Holstein zu erreichen.

III. Regionale Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit

Die Fridays for Future-Bewegung zeigt, dass die Themen Klimaschutz und Nachhaltigkeit weiterhin von überragender Wichtigkeit für die Bürger*innen in Schleswig-Holstein sind. Aber auch andere bedenkliche Entwicklungen führen dazu, dass die Weltgemeinschaft im Dauerkrisenmodus ist, von dem auch die Bürger*innen in Schleswig-Holstein betroffen sind.

Als regionale Minderheitenpartei mit einem sozialen und umweltbewussten Anspruch hat der SSW im Rahmen seiner Möglichkeiten schon lange versucht, Antworten auf die vielen Krisen unserer Zeit zu finden und seine Vision einer besseren Welt darzulegen. Unser Maßstab sind dabei gerade auch im kommunalen Bereich die 17 UN-Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (SDGs). Das Konzept der Gemeinwohlökonomie zeigt hierzu umsetzbare Lösungen auf. Der SSW will auf dieser Grundlage regionale Antworten auf die vielen Herausforderungen geben, die wir gemeinsam in Schleswig-Holstein in den kommenden Jahren meistern müssen.

III. Für diese kommunale Politik steht der SSW von 2023 bis 2028

In den SSW-Leitlinien für die Jahre 2023-2028 können Sie erfahren, von welchen übergeordneten politischen Zielen sich die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker des SSW in den nächsten fünf Jahren leiten lassen wollen.

1. Wir wollen, dass das Leben in den Kreisen und Kommunen bezahlbar bleibt

Die Inflation in Deutschland ist mit einem Anstieg von zeitweise über 10% auf dem höchsten Stand seit den 1970er Jahren. Die Lebenshaltungskosten und insbesondere die Energiepreisen belasten viele Haushalte enorm. Viele Menschen gerade in Schleswig-Holstein sind stark betroffen vom dramatischen Anstieg der Preise, da die Löhne und Gehälter in unserem Land nicht gerade üppig sind im Bundesvergleich.

Die stark gestiegenen und immer noch steigenden Lebenshaltungskosten machen sich besonders auch in den Kommunen bemerkbar. Der SSW steht weiterhin zu seinem Versprechen, dass das Leben im Norden bezahlbar bleiben muss. Auch die Kommunen müssen hierzu ihren Beitrag leisten.

Kommunen haben die Verantwortung die Existenzängste der Bürger zu bewältigen, sei es durch umfassende Beratungsangebote für die Hilfen von Bund und Land oder auch durch eigene Sozialprogramme. Sie müssen aber auch an den eigenen Stellschrauben drehen. Überall wo es möglich ist, muss Kommunalpolitik reagieren, etwa bei den Preisen der kommunalen Energieversorger oder anderen kommunalen Gebühren, die gesenkt werden können. Deshalb gilt es für den SSW gerade in diesen Zeiten, die Bürgerinnen und Bürger von kommunaler Seite zu unterstützen und zu entlasten, wo es möglich ist.

Der SSW fordert daher:

- dass der Kita-Platz langfristig kostenlos wird. Übergangsmodelle, z.B. das letzte Kita-Jahr kostenlos anzubieten wie etwa in Rheinland-Pfalz, müssen angestrebt werden.
- für alle Kommunen die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge für die Anwohner.
- eine Absenkung der kommunalen Grundsteuer.
- dass der ÖPNV kostengünstiger wird, z.B. durch Sozialpässe für sozialschwache MitbürgerInnen.
- dass kommunale Energieversorger im Rahmen ihrer Möglichkeiten bezahlbare Energiepreise für die Bürgerinnen und Bürger anbieten.
- Dass die Kulturangebote kostenfrei oder kostengünstig zugänglich gemacht werden, z.B. durch ein „Kulturticket“
- dass ein kostenfreier ÖPNV für junge Menschen (Schüler, Azubis, Studierende etc.) angeboten und Nachtbus-Angebote ausgebaut werden.

2. Wir wollen die Gleichstellung der kommunalen Angebote für die dänischen Minderheit und friesische Volksgruppe

Die kulturelle und sprachliche Vielfalt ist eine Besonderheit des Nordens. Das Miteinander von deutscher, dänischer und friesischer Kultur und der Kultur der Sinti und Roma gibt unserer Region einen kulturellen Reichtum, der in Deutschland einzigartig ist. Dieser bereichert nicht nur das Leben der Menschen in Schleswig-Holstein, er ist auch interessant für Touristen und andere Gäste. Die kulturelle Vielfalt lebt aber nicht von selbst. Sie muss geschätzt, gepflegt und auch finanziell gefördert werden.

Gerade die Kommunen im Norden haben eine besondere Verantwortung für die Minderheitenpolitik. Denn in den Kommunen vor Ort wird das natürliche Miteinander von Minderheit und Mehrheitsbevölkerung gelebt. Für uns als Partei der dänischen Minderheit und der nationalen Friesen hat die Gleichbehandlung der Minderheiten in Schleswig-Holstein einen sehr hohen Stellenwert. Der SSW setzt sich daher dafür ein, dass alle Kommunen im Norden eine vorbildliche Minderheitenpolitik führen müssen.

Der Schutz und die Förderung von nationalen Minderheiten ist in der Landesverfassung von Schleswig-Holstein festgeschrieben und gilt gerade auch für die Kommunen des Landes. So müssen aus unserer Sicht die Schulen der dänischen Minderheit und deren Angebote wie öffentlichen Schulen und Angebote finanziell gleichbehandelt werden.

Der SSW fordert daher:

- dass die offenen Ganztagsangebote der dänischen Schulen finanziell gleichgestellt werden.
- dass die Kommunen Investitionen in den Ausbau von dänischen Kindergärten und Schulen vor Ort auf der Grundlage der finanziellen Gleichstellung mitfinanzieren.
- dass die dänischen und friesischen Kulturangebote finanziell gleichgestellt werden
- dass die Angebote der dänischen Bibliothek sowie dänische Pflege- und Gesundheitsdienstleistungen finanziell gleichgestellt werden.
- dass die Förderung der Minderheitensprachen in den kommunalen Verwaltungen im Landesteil Schleswig verstärkt wird.. So sollen auch die Internetseiten der Kommunen dort, wo es geboten scheint, um ein obligatorisches dänisch- oder friesischsprachiges Angebot erweitert werden und vermehrt Beschäftigte mit Minderheitensprachkenntnissen in den Kommunen eingestellt werden.
- dass zweisprachige Ortsschilder und Wegweiser in weiteren Gemeinden im nördlichen Landesteil aufgestellt werden.
- dass, die deutsch-dänische Zusammenarbeit in den grenznahen Kommunen weiter ausgebaut und vertieft wird.

3. Wir wollen eine soziale Gemeinschaft mit mehr Gemeinwohlorientierung und weniger Profitdenken

Unsere derzeitige Wirtschaftsordnung belohnt unsoziale Verhaltensweisen wie Konkurrenzstreben, Gier und Egoismus. Diese stehen im Widerspruch zu den Werten unseres alltäglichen Lebens wie Menschenwürde, Solidarität und Gerechtigkeit sowie ökologische Nachhaltigkeit. Traditionell vertritt der SSW ebendiese Werte, die ein gutes Leben für Alle bedeuten würden.

Anstelle des ausschließlichen Profitdenkens in weiten Teilen der Wirtschaft setzen wir uns für mehr Gemeinwohlorientierung ein. So sollte ein Unternehmen künftig auch daran gemessen werden, was und wie es zum Gemeinwohl beiträgt. Dies gilt auch für kommunale und städtische Betriebe sowie für Städte und Gemeinden selbst. Die Art unseres bisherigen Wirtschaftens hat aber nicht nur negative Folgen für das Gemeinwohl.

Der SSW tritt für eine echte soziale Gemeinschaft ein, für deren Wohlergehen und Erfolg man sich verantwortlich fühlt. In der man sich gegenseitig umeinander kümmert, und füreinander einsteht. Nur so kann ein weiteres Auseinanderdriften der Gesellschaft verhindert werden. Dies funktioniert nur, wenn alle Menschen lokal faire Arbeitsbedingungen (z.B. in der Tourismusbranche, der Gastronomie und auf Schlachthöfen) vorfinden und von ihrer Arbeit gut leben können.

a. Erhalt und Stärkung der kommunalen Daseinsvorsorge

Kommunalpolitik ist kein Selbstzweck. Sie soll vor Ort die Dinge entscheiden und verwalten, die das unmittelbare Lebensumfeld der Menschen betreffen. Dazu gehört eine kommunale Daseinsvorsorge, die die notwendigen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Dienstleistungen für alle BürgerInnen bereitstellen kann. Wir setzen uns für den Erhalt und die Stärkung der kommunalen Daseinsvorsorge ein.

Der SSW fordert daher:

- dass die Daseinsvorsorge in kommunaler Hand bleiben muss. Keine Privatisierung von Krankenhäusern, Stadtwerken oder anderen öffentlichen Einrichtungen. Die kommunale Strom- u. Wärmeversorgung muss ebenfalls als Daseinsvorsorge angesehen werden und daher in kommunaler Hand sein und nicht durch private Firmen geregelt werden. Keine ÖPP-Projekte.
- dass bei allen öffentlichen Aufträgen in den Kommunen die Tariftreue umgesetzt wird.
- dass die U3-Kitabetreuung weiter ausgebaut werden muss.

b. Bessere medizinische Angebote und die Pflegesituation insbesondere im ländlichen Raum.

In Schleswig-Holstein leben fast 80% der rund 3 Millionen Einwohner in Landkreisen verteilt in kleineren Städten und über große Flächen in ländlichen Regionen. Unser Bundesland ist geprägt durch eine überdurchschnittlich immer älter werdende Bevölkerung mit gleichzeitig

geringer Bevölkerungsdichte. Das stellt die Gesundheitsversorgung vor besondere Herausforderungen. Die medizinische und pflegerische Versorgung konzentriert sich in mittelgroßen und Kleinstädten, die als Regionalzentren fungieren. Auf dem Land gibt es nur wenig gesundheitsversorgende Einrichtungen und Anbieter. Vor allem das Angebot an spezialisierter Versorgung wie Geriatrie, Palliativmedizin und ambulanter Pflege ist sehr eingeschränkt. Der Einzugsbereich von Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen, Rettungsdiensten, Arztpraxen und ambulanten Pflegediensten ist deshalb entsprechend groß und die Anfahrtswege lang. Der wachsende Anteil älterer Menschen, die gleichzeitig an mehreren Krankheiten (Multimorbidität) leiden, führt jedoch zu einem höheren Versorgungsbedarf – medizinisch und pflegerisch. Gleichzeitig macht der immer geringer werdende Anteil an Kindern und Jugendlichen das wirtschaftlich auskommende Betreiben von Kinderarztpraxen oder Kinderstationen in Krankenhäusern immer schwieriger.

Der SSW fordert daher:

- dass kommunale Arztpraxen etabliert werden.
- dass zur Daseinsvorsorge mit gleichwertigen Lebensverhältnissen in Stadt und Land das medizinische Angebot und die Pflegesituation insbesondere im ländlichen Raum verbessert werden muss. Gesundheit und Lebenserwartung dürfen nicht vom Wohnort abhängen.
- mehr kreative Lösungen, mehr Flexibilität und engere Zusammenarbeit aller Akteure, insbesondere zwischen niedergelassenen Ärzten, Krankenhäusern und Pflegediensten. Doch die Kommunen besitzen in diesem Bereich wenig Gestaltungsspielraum. Sie können lediglich Rahmenbedingungen schaffen und Anreize bieten, eventuell durch Angebote von Räumlichkeiten zur Einrichtung von Praxen, Sonderkonditionen oder Baugrundstücken. In Regionen, in denen sich keine Haus- oder Fachärzte niederlassen wollen, haben die Gemeinden oder Kreise die Möglichkeit durch den Ankauf von KV-Sitzen und Gründung von kommunalen MVZs diese selbst zu betreiben und Arbeitgeber von Ärzten und Pflegepersonal zu werden.
- die strikte Trennung zwischen ambulantem und stationärem Bereich aufzuweichen sowie den Übergang von Klinik in die ambulante Versorgung bzw. in Pflegeeinrichtungen zu verbessern. Zudem sollte die Digitalisierung im Gesundheitsbereich schneller vorangetrieben werden, vor allem zur Vernetzung von Patientendaten für die unterschiedlichen medizinischen und pflegerischen Versorger. Gerade auf dem Land sollte die Telemedizin schnellere und größere Verbreitung finden.
- dass die Wiedereinführung von Gemeindeschwestern zur medizinischen Versorgung, insbesondere der älteren Bevölkerung in ländlichen Gebieten geprüft wird.
- dass Kommunen künftig eigene Beauftragte für Menschen mit Behinderung bestellen, um eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben vor Ort zu ermöglichen. Amtsangehörige Gemeinden können einen gemeinsamen Beauftragten bestellen.

c. Mehr Angebote für Kinder und Jugendliche in den Kommunen

Die Sicherstellung von guten Rahmenbedingungen für Kinder, Jugendliche und ihre Familien gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Kommunalpolitik. Eine gute Kinder- und Jugendpolitik sichert die Chancengleichheit und eine gesunde Entwicklung der Jüngsten in unserer Gemeinschaft. Sie ist notwendig, damit Eltern Familie und Erwerbstätigkeit unter einen Hut bekommen können. Eine gut ausgestattete und wache Kinder- und Jugendhilfe ist auch der beste Weg, um die Kleinsten vor Gewalt und Vernachlässigung zu schützen.

Der SSW fordert daher:

- dass Städte und Kreise nicht bei Angeboten und Hilfen für Kinder, Jugendliche und Familien sparen, und bessere Angebote für Jugendliche schaffen – insbesondere im ländlichen Raum.
- dass städtische (Kunst)Rasenplätze ausgebaut und auch in der Freizeit zugänglich für die Bevölkerung gemacht werden.
- dass die Sportvereine in den Kommunen gestärkt werden.
- dass vereinsunabhängige Sportangebote zum Beispiel Skaten, Schwimmen oder Squash ausgebaut werden.
- dass mehr Kulturangebote an die Bedürfnisse der Jugend angepasst werden. Ein erfolgreiches Beispiel ist die „8 Night“ in Kiel.
- dass ein kostenfreier ÖPNV für junge Menschen (Schüler, Azubis, Studierende etc.) angeboten und Nachtbus-Angebote ausgebaut werden.
- dass mehr bezahlbarer Wohnraum für Auszubildende und Studierende geschaffen wird.
- für Kinder und Jugendliche ein Sitz im Jugendhilfeausschuss in den Kommunen, wo es rechtlich möglich ist.
- mehr Personal für Jugendämter, Schulbegleitung und Schulsozialarbeit, damit Inklusion nicht nur ein Schlagwort bleibt, sondern tatsächlich umgesetzt werden kann.

d. Bessere Strukturen für das Ehrenamt in den Kommunen

Unsere Gesellschaft lebt vom Ehrenamt und vom freiwilligen Einsatz in den Sportvereinen, der Feuerwehr, der kommunalen Politik und vom sozialen Engagement vieler Menschen. Die Zahl der Menschen, die sich in ihrer Freizeit freiwillig engagieren, ist leider stark rückläufig. Um das Ehrenamt zu stärken, müssen die Strukturen in den Kommunen für die freiwillige Arbeit verbessert werden und eine bessere Unterstützung durch das Hauptamt gewährleistet werden.

Der SSW fordert daher:

- die flächendeckende Etablierung von Ehrenamtskoordinator*innen in den Kommunen.

- die Einführung eines Freiwilligen-Management nach dem niederländischen Erfolgsmodell „5 X B- Modell für ein Freiwilligen-Management“. Hier wird die Unterstützung des Ehrenamtes als umfassender Prozess betrachtet, in dem jede der fünf Stufen von binnenhaken (gewinnen), über begleiten (begleiten) und behouden (behalten, binden) bis hin zu belonen (anerkennen) und beeindigen (beenden) Berücksichtigung finden muss.

e. Lokaler Katastrophenschutz muss ernst genommen werden

Unsere jüngere Vergangenheit, unsere Gegenwart sowie der Blick in die Zukunft zeigen, dass uns Krisen und Katastrophen vor neue und sich verändernde Herausforderungen stellen. Auf kommunaler Ebene ist eine flächendeckende Verbesserung des Katastrophenschutzes notwendig. Die Kommunen müssen das Katastrophenrisiko verstehen und die Institutionen stärken, um das Katastrophenrisiko zu steuern. Hierfür ist ein ganzheitlicher, strategischer Ansatz notwendig, um in Vorsorge zu investieren sowie Katastrophen und Krisen besser bewältigen zu können.

Der SSW fordert daher:

- dass die Kommunen auf lokaler Ebene Strategien für den Katastrophenschutz entwickeln.
- dass die Kommunen in die Katastrophenvorsorge investieren, um die Widerstandskraft zu stärken.
- dass die Kommunen die Vorbereitung auf den Katastrophenfall verbessern und einen besseren Wiederaufbau ermöglichen.
- dass die Kommunen die internationale Zusammenarbeit im Katastrophenschutz ausbauen, insbesondere mit Dänemark und Anrainerstaaten.

f. Integration von Geflüchteten und Migrant:innen verbessern

Der SSW empfindet es als Selbstverständlichkeit und seine moralische Pflicht, Verfolgten, Entwurzelten und Geflohenen Menschen zu helfen. Im letzten Jahr kamen insbesondere viele Geflüchtete aus Kriegsgebieten in der Ukraine zu uns nach Schleswig-Holstein. Wir wollen diese Menschen nicht nur dulden, sondern ihnen Leben, Arbeit und demokratische Teilhabe ermöglichen. Wir stehen für die Weiterentwicklung einer humanen Willkommenskultur für Geflüchtete, damit sie gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

Der SSW fordert daher:

- dass alle Altersgruppen der Geflüchteten kostenfreien Zugang zu Bildungsangeboten erhalten. Die Anzahl der Sprachkurse muss erhöht werden.

- dass der kostenfreie Unterricht von Deutsch als Zweitsprache (DaZ) bedarfsgerecht ausgebaut und kontinuierlich gefördert wird.
- dass die Anerkennung von ausländischen Berufs- u. Bildungsabschlüssen vorgetrieben wird.
- dass die Arbeitsvermittlung möglichst unbürokratisch gestaltet wird. Vor allem in Bereichen mit Arbeitskräftemangel wie dem Gesundheits- und Bildungswesen muss die Arbeitsaufnahme deutlich erleichtert werden.
- dass kommunale Integrationsbeiräte eingerichtet werden. Um die Integration von Migrant:innen zu verbessern, muss auch die Möglichkeit der politischen Mitgestaltung gegeben sein.
- dass die Kommunen niedrigschwellige Hilfen wie Migrationssozialberatung, Hilfe Traumapädagog:innen sowie psychologische Hilfen für Erwachsene, Kinder und Jugendliche anbieten.
- dass Bund und Land die Flüchtlingsarbeit vor Ort in den Kommunen auskömmlich finanziert. Dies ist heute vielerorts nicht der Fall.
- kommunale Migrations-Koordinatoren und zentrale Ansprechstellen insbesondere für in diesem Bereich tätige Ehrenamtler und Migranten. Wir brauchen eine bessere Informationssammlung, Vernetzung und Bündelung der kommunalen Hilfsangebote.

g. Mehr Wohnraum in den Kommunen schaffen

Wohnen darf nicht zum Luxusgut werden. Darum sollen Kommunen mehr Geld für öffentlichen Wohnraum zur Verfügung stellen. Dabei wollen wir auch die Gründung von kommunalen Wohnungsgesellschaften vorantreiben.

Der SSW fordert daher:

- dass die Kommunen eine Fehlbelegungsabgabe erheben können, um mit diesen Einnahmen weiteren sozialen Wohnraum zu schaffen.
- dass Konzepte wie „Housing First“ aus Finnland umgesetzt werden, um Wohnungslosigkeit gezielt zu bekämpfen. Kern des Konzepts ist es, den Menschen eine Wohnung zur Verfügung zu stellen, ohne dies an bestimmte Bedingungen zu knüpfen. Es führt nachweislich zur Stabilisierung der Lebensverhältnisse.
- dass die gängigen Bauvorschriften zur Barrierefreiheit nicht wegen einer erhöhten Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum unterlaufen werden. Menschen mit Behinderungen haben bereits erhebliche Probleme, geeigneten und bezahlbaren Wohnraum zu finden. Insgesamt muss für sie deutlich mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden.
- dass Wohngenossenschaftsmodelle und soziale Wohnprojekte gefördert werden.
- dass Wohnungsrenovierungen und -neubau ganzheitlich, energieeffizient und generationengerecht geplant und umgesetzt werden.
- dass mehr alternative Wohnformen von den Kommunen gefördert werden. Im Besonderen das Micro-Housing und Tiny-Houses sind eine sinnvolle Alternative, um unbürokratisch, umwelt- und ressourcenschonend Wohnraum zu schaffen. Eine zeitlich begrenzte Nutzung von Wohn- oder auch Gewerberaum ist ebenfalls ein Konzept, das schon seit Jahren seine praktische Anwendung findet. Oft entsteht

dabei eine symbiotische Win-Win-Situation für Nutzer, Vermieter und Stadtentwicklung. Auch für Hofgemeinschaften oder gar Ökodörfer, die in den letzten Jahren durch ein zunehmendes Interesse von Menschen am gemeinschaftlichen Leben auf dem Lande entstanden sind, sollten Kommunen offen sein.

g. Arbeitskräftemangel bekämpfen

In allen Branchen von der Pflege bis zum Handwerk macht sich Arbeitskräftemangel und hier besonders der Fachkräftemangel bemerkbar. Die Kommunen müssen daher Anreize schaffen, damit junge Menschen das Handwerk wieder wertschätzen. Der SSW will, eine Ausbildung einem Studium gleichgestellt wird. Beim bezahlbaren Wohnraum und kostenfreien ÖPNV muss auch an die Auszubildenden gedacht werden. Die Kommunen müssen auch die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen mehr fördern. Denn alle Menschen sind Teil unserer Gesellschaft und können einen wichtigen Beitrag leisten um den Fachkräftemangel zu begegnen.

Der SSW fordert daher:

- dass der erste Arbeitsmarkt auch für mit Menschen mit Handicap und chronischen Erkrankungen offen steht
- dass Menschen in „Behindertenwerkstätten“ nach Mindestlohn bezahlt werden, damit sie ein würdevolles und eigenständiges Leben führen können

4. Wir wollen, dass die Kreise und Kommunen den Umwelt- und Klimaschutz und eine nachhaltige Energieversorgung ernst nehmen

Der Klimawandel ist die größte Herausforderung unserer Zeit; wir müssen entsprechende Vorsorge- und Anpassungsmaßnahmen treffen. Hier reichen die bisher angestrebten Klimaschutzmaßnahmen nicht aus. Sollte es uns nicht gelingen, baldmöglichst die Klimaneutralität zu erreichen, werden Wetterextreme zunehmen und der Meeresspiegel deutlich ansteigen. Auch und gerade Kommunen können und müssen nach dem Grundsatz „global denken, lokal handeln“ Maßnahmen ergreifen, um die Energie-, Wärme- und Mobilitätswende voranzutreiben und zu vollenden.

Unser Ressourcenverbrauch und der damit einhergehende Energiehunger haben die Erderwärmung maßgeblich beschleunigt – mit katastrophalen Folgen für Natur und Mensch. Um die Folgen des Klimawandels einzudämmen braucht es gewaltiger gemeinschaftlicher Anstrengungen – lokal, regional, national und international.

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat im September 2015 die Agenda 2030 verabschiedet. Mit ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung bildet die Agenda 2030 den globalen Referenzrahmen für nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung. Das Ziel 11, "Nachhaltige Städte und Gemeinden", beschreibt nicht nur das Ideal einer nachhaltigen

Stadtentwicklung, sondern bringt auch zum Ausdruck, dass alle Nachhaltigkeitsmaßnahmen letzten Endes immer lokal umgesetzt werden müssen. Nachhaltige Städte und Gemeinden sind somit für das Erreichen aller 17 Ziele von entscheidender Bedeutung.

Der SSW setzt sich dafür ein, dass Städte und Gemeinden die Musterresolution "2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten" unterzeichnen, sich somit zu einer nachhaltigen Entwicklung bekennen und diese im Sinne des Gemeinwohls vorantreiben. Als Faire Partei will der SSW auch Fair Trade-Gedanken in den Kommunen weiter voranbringen, wo es darum geht soziale, ökologische und ökonomische Standards für eine nachhaltige Entwicklung der Produzentenorganisationen in Ländern des globalen Südens zu gewährleisten. Der SSW setzt sich dabei dafür ein, dass weitere Kommunen sich zu Fair Trade-Kommunen erklären.

a. Der ÖPNV muss erweitert, preiswerter und besser werden

Nachhaltige Mobilität ist unser Ziel. Unsere Lebensumstände machen uns oft abhängig vom Individualverkehr. Wer im ländlichen Raum wohnt, eine weit entfernte Schule besucht oder einen Sportclub am anderen Ende der Stadt hat, benötigt Bus und Bahn oder Auto, um ans Ziel zu kommen. Wir wollen, dass die innerstädtische Verkehrssituation verbessert wird. Hier müssen Stadt- oder Straßenbahnen stärker berücksichtigt werden.

Um die Menschen zum Umsteigen auf Bus und Bahn, Radfahren und Zu-Fuß-Gehen zu bewegen, fordern wir die Angebote und Attraktivität des ÖPNV (Öffentlicher Personennahverkehr) zu verbessern. Die Mobilitätswende muss endlich ernsthaft angegangen werden

Der SSW fordert daher:

- dass der öffentliche Verkehr ausgebaut und mit anderen Verkehrsmitteln vernetzt wird.
- dass an Bahnstationen oder zentralen Punkten Mobilitätsstationen entstehen, die Bahn- und Bus-Linien mit Carsharing-Angeboten, Fahrradabstellplätzen, Verleih von Fahrrädern oder E-Scootern und kurzen Wegen für Fußgänger verbinden und so eine multimodale Mobilität attraktiv machen.
- dass Rufbusangebote zu einem zukunftsweisenden On-Demand-Verkehr ausgebaut werden, wie er im Amt Süderbrarup und in der Stadt Rendsburg bereits erfolgreich durchgeführt wird. Besonders im ländlichen Raum können diese in den Abendstunden und am Wochenende teure Taxifahrten ersetzen. Wir wollen einen Masterplan „Ruftaxi/Bürgerbus“ für alle im ländlichen Raum.
- dass die Barrierefreiheit in öffentlichen Verkehrsmitteln durchgesetzt wird.
- dass die Sanierung und der Ausbau von Nahverkehrs-Bahnstrecken vorangebracht wird.
- Dass erneuerbare Energien die Grundlage für Fahrzeugantriebe bilden. Hierfür brauchen den Ausbau wir den weiteren Ausbau von Ladesäulen für E-Fahrzeuge sowie den Aufbau eines Netzes von Wasserstofftankstellen.
- dass die Berufspendler:innen, Studierende, Menschen in Ausbildung und Menschen in besonderen Lebenslagen bei Tarifvergünstigungen stärker berücksichtigt werden.

- dass Erhalt, Sanierung und Ausbau bestehender Straßen allgemein Vorrang vor dem Bau neuer Straßen haben.
- dass das Angebot öffentlicher Verkehrsmittel verdichtet wird.
- eine Verbesserung der Pünktlichkeit im ÖPNV.
- günstigere, anbieterübergreifende ÖPNV-Fahrkarten.
- Verbesserung des Komforts im ÖPNV.
- „Park & Ride“ Angebote aus den ländlichen Gebieten.
- mehr Angebote von Leih-Fahrrädern.
- Vorrang für Busse und Bahnen (Ampel-Vorrangschaltung).
- weniger Flächen für Autoverkehr.
- mehr Radwege, bessere Gehwege.
- das Etablieren von Busspuren.
- bessere Mitnahmemöglichkeit von Fahrrädern im ÖPNV.

b. Der Ausbau von regionalen Wärmenetzen und die regionale Wertschöpfung der Energieproduktion müssen umgesetzt werden

Der Ausbau regionaler Fernwärmenetze hat positive Effekte für Umwelt und Klima und fördert zugleich die regionale Wertschöpfung. Der Grundgedanke der regionalen Wertschöpfung besteht darin, eigene Ressourcen möglichst effizient und gewinnbringend vor Ort in einer Stadt oder Region zu nutzen. Seit 2021 ist eine kommunale Wärme-/Kälteplanung gesetzlich festgelegt.

Der SSW fordert daher:

- dass alle Kommunen an der Verdrängung fossiler Energieträger zugunsten erneuerbarer Energien setzen und regionale Fernwärmenetze aufzubauen. Dadurch wird die regionale Wertschöpfung gesteigert und die Abhängigkeit der Kommunen reduziert. Darüber hinaus wirken die Investitionen in den Ausbau regionaler Fernwärmenetze als Treiber für den Arbeitsmarkt und die lokale Wirtschaft.
- die Kommunen dazu auf, sozial gerechte Bürgerbeteiligungen an Windparks, Freiflächenphotovoltaik usw. zu sichern, um die Attraktivität und Akzeptanz zu erhöhen. Konzepte wie Direkteinspeisung der produzierten Energie oder vergünstigte Energietarife für Anwohner:Innen sollte Zielsetzung sein.

c. Für Gebäudebestand langfristige Sanierungsstrategien entwickeln

Die Kommunen haben die Verpflichtung, Gebäude im Bestand bis 2050 durch Energieeffizienzmaßnahmen und den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energiequellen nachhaltig zu sanieren. Hierbei sollte auf dem Bereich der Wärmegewinnung ein besonderes Augenmerk liegen. Die Nutzung von Wärmenetzen, Geothermie und Eisspeicher bietet den größten Gewinn für die Umwelt und damit für die nachfolgenden Generationen.

Der SSW fordert daher:

- dass die Stromversorgung auf die Nutzung der Sonne als Stromquelle verstärkt umgerüstet wird. Um auch Gebäude mit nicht geeigneten Dachflächen zu versorgen, werden die kommunalen Stromanbieter aufgefordert, sogenannte Strom Clouds einzurichten, so dass überschüssig produzierter Strom einer Liegenschaft in einer anderen genutzt werden kann. Stichwort: Quartierslösungen.
- dass bei der Sanierung im Bereich Wärmedämmung umweltfreundliche Dämmstoffe wie Seegras, Wellpappe, Jute oder Blähton verwendet werden.
- dass bei der Planung von Neubauten eine Zertifizierung für nachhaltiges Bauen vorgeschrieben sein muss. Nachhaltige Immobiliennutzung bedeutet nämlich auch Strategien zur Umnutzung alter Immobilien zu entwickeln.
- dass bei Neubauten erst diverse Lückenbebauung sowie Ruinen und abrissbedürftige Häuser sowie deren Grundstücke für Bauten genutzt werden. Für Klima- und Naturschutz brauchen wir Nachverdichtung statt Flächenverbrauch.

d. Planbarer Ausbau der Solarenergie

Nachdem Schleswig-Holstein beim Ausbau der Windenergie Vorreiter war, müssen wir endlich auch die Chancen nutzen, die die Solarenergie bietet. Nach Jahrzehnten des Bremsens durch die Bundespolitik können die Kommunen lokal die Weichen stellen, um Photovoltaik und Solarthermie zu einem weiteren Baustein der Energiewende zu machen.

Der SSW fordert daher:

- dass der Ausbau der Solarenergie vorangetrieben wird, sowohl als Photovoltaik zur Stromgewinnung wie auch als Solarthermie zur Wärmeenergiegewinnung.
- dass auf kommunalen Gebäuden und Gewerbeanlagen bei Sanierung und Neubau überall, wo es technisch möglich ist, Photovoltaik- oder Solarthermieanlagen errichtet werden.
- klare Regeln bei der Ausweisung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen. Um Flächenfraß zu vermeiden, muss die Nutzung bereits versiegelter Flächen Vorrang vor der Erschließung neuer Freiflächen haben.
- Kommunen bei der Planung und Errichtung von Photovoltaikanlagen stärker eingebunden und Häuser mit Photovoltaik-Dachanlagen bei der Planung und Ausweisung neuer Baugebiete bevorzugt werden. Der Ausbau von Photovoltaik auf privaten Dachflächen soll stärker gefördert werden.
- dass Photovoltaikanlagen natur- und umweltverträglich gebaut werden.
- dass bei der Nutzung des eigenen erneuerbaren Stroms keine finanziellen Belastungen entstehen für die Bürgerinnen und Bürger entstehen.
- dass die Stromnetze schneller ausgebaut werden. Dabei ist im Vorfeld eine frühzeitige Beteiligung der Bürger:innen zu gewährleisten. Erneuerbarer Strom muss bei der Netzeinspeisung Vorfahrt haben.
- dass die Entwicklung von Speichertechnologien verstärkt werden.

e. Die Fahrradinfrastruktur muss verbessert und ausgebaut werden

Das Fahrrad, ob mit oder ohne elektrischen Hilfsantrieb, ist ein emissionsfreies, umweltfreundliches und dennoch schnelles und günstiges Verkehrsmittel, das sehr viel zur Verkehrsverlagerung beitragen kann – wenn die Infrastruktur stimmt. Hier jedoch sind wir in Deutschland unseren Nachbarn in Dänemark und den Niederlanden weit hinterher. Wir sollten uns an diesen Vorbildern orientieren und sowohl moderne Radwege als auch ausreichende Abstell- und Lademöglichkeiten errichten und die Sicherheit von Radfahrenden höher priorisieren.

Der SSW fordert daher:

- dass neue Radwege nach modernen Standards geplant und gebaut werden.
- dass Radwege nach niederländischem Vorbild möglichst geradlinig sowie kreuzungs- und ampelarm geplant werden. Insbesondere auf kürzeren Strecken bis 5 oder 10 km kann das Fahrrad am ehesten das Auto ersetzen.
- dass die Abstellmöglichkeiten für Fahrräder ausgebaut werden. Hierbei müssen auch E-Bikes und Lastenräder berücksichtigt werden. Lademöglichkeiten für E-Bikes und abschließbare Unterstände für Räder inklusive Gepäck (Tourismus, Einkaufspendeln) steigern die Attraktivität des Fahrrads als Verkehrsmittel.
- dass zur Erhöhung der Sicherheit von Radfahrenden und anderen Verkehrsteilnehmern die Höchstgeschwindigkeit innerorts auf Straßen, die nicht vorrangig dem Durchgangsverkehr dienen, auf 30 km/h begrenzt werden.

f. Umweltschutz mit den Menschen

Gerade auch in unseren heutigen wirtschaftlich schwierigen Zeiten muss der Schutz von Natur und Umwelt einen unbedingten hohen Stellenwert behalten. Raubbau an der Natur ist ein Rückschritt. Deshalb sind wir weiterhin darauf angewiesen, unsere natürlichen Ressourcen zu erhalten und zu schützen. Um den ländlichen Raum und die Landwirtschaft zu stärken, müssen für sie neue Perspektiven geschaffen werden. Umweltschutz und Landwirtschaft stehen nicht im Gegensatz zu einander; sie müssen aber stärker miteinander verbunden werden.

Biodiversität ist die Vielfalt aller lebenden Organismen, Lebensräume und Ökosysteme auf dem Land, im Süßwasser, in den Ozeanen und der Luft. Diese zu schützen ist Ziel der Biodiversitätskonvention der Vereinten Nationen. Durch die dauernde Flächenkonkurrenz an Land (Energieerzeugung, Landwirtschaft, Naturschutzflächen, Wohnraum, Tourismus, Gewerbe und andere Infrastrukturen) ist die Artenvielfalt und die Biodiversität stark bedroht. Da auf allen Feldern dringender Handlungsbedarf besteht, kann eine Lösung nur sein, die Herausforderungen ganzheitlich und gemeinsam zu denken.

Die biologische Vielfalt in Schleswig-Holstein ist überwiegend in keinem guten Zustand. Infolge des Berichtes der Landesregierung zur „Landesstrategie zur Sicherung der biologischen Vielfalt“ gibt es einen landesweiten negativen Trend des fortschreitenden Arten- und Lebensraumverlustes. Dieser Prozess hat eine erodierende Wirkung auf die Vielfalt,

Eigenart und Schönheit der Natur in Schleswig-Holstein. Damit verbunden ist zudem der Verlust von wertvollen Ökosystemleistungen wie Klima-, Wasser- und Bodenfunktionen, die für die zukünftige Entwicklung des Lebens und für die gesellschaftlichen Systeme eine existenzielle Bedeutung haben. Nur in einer gesunden (Um)welt kann es gesunde Menschen geben.

Der SSW fordert daher:

- dass der Artenschutz endlich ernst genommen und massive Anstrengungen zum Erhalt der Biodiversität unternommen werden.
- bei der Errichtung von Freiflächenphotovoltaikanlagen die Energieerzeugung und den Naturschutz gemeinsam zu planen und durchzuführen. Darüber hinaus kann auch die landwirtschaftliche Produktion auf diesen Flächen mit in die gesamtheitliche Planung einbezogen werden. Dies ist durch einfache Maßnahmen umsetzbar, wie erweiterte Reihenabstände, Modulabstände, Biotop anlegen, extensive Bewirtschaftung, Nistkästen etc., gezielte Ansaat und Strukturanreicherung.
- dass die Flächenkonkurrenz durch Doppelnutzung reduziert wird. Die Kommunen müssen über die regulatorischen Vorgaben hinausgehenden Beiträge zur Biodiversität einfordern. In den städtebaulichen Verträgen sollte ein Gesamtkonzept sowie eine Erfolgskontrolle verbindlich festgeschrieben werden. Der "Leitfaden für naturverträgliche und biodiversitätsfreundliche Solarparks" der TH Bingen soll fester Bestandteil bei der Planung und Durchführung solcher Anlagen werden. Frühzeitige Steuerung der Kommunen durch ganzheitliche Bauleitplanung ist der Schlüssel für den Konkurrenzkampf um Flächen.
- dass Flächen für Neuanpflanzungen von Wald geschaffen werden. Hierfür brauchen wir entsprechende Landesprogramme. Wälder bieten Lebensraum für Tiere und Pflanzen und dienen dem Klimaschutz.
- dass das Land gemeinsam mit Kommunen, Stiftungen oder Vereinen verstärkt das Moorschutzprogramm umsetzt. Moore sind äußerst sensible Biotop, die aufgrund ihrer Beschaffenheit Lebensraum für seltene und gefährdete Pflanzen- und Tierarten darstellen.
- dass das Insekten und Bienen-Sterben bekämpft wird. Dazu gehört u.a. bestehende Naturschutzflächen zu bewahren, die Renaturierung von Flächen und mehr Naturräume in den Städten.
- die unteren Naturschutzbehörden in den Kreisen und Kommunen zu stärken.

5. Wir wollen bürgernahe und transparente Kommunen

Die leider oft unterschätzte Bedeutung der Kommunalpolitik besteht darin, dass Beschlüsse von der Gemeinschaft vor Ort gefällt werden. Dort können die Menschen am ehesten beurteilen, was für sie erforderlich ist. Dort ist Politik und Demokratie immer unmittelbar mit Auswirkungen für die Menschen vor Ort verbunden. Deshalb ist es wichtig, dass die

Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger sich nicht nur auf die Stimmabgabe zur Kommunalwahl alle fünf Jahre beschränkt. Bei wichtigen Vorhaben muss die Bevölkerung rechtzeitig und umfassend einbezogen werden.

Der SSW setzt sich für eine bürgerfreundliche kommunale Verwaltung ein, die ihren Service ständig verbessert und in den Dienst der Bürgerinnen und Bürger stellt - nicht umgekehrt. Über die Möglichkeit der Gemeindeordnung und des seinerzeit vom SSW in den Landtag eingebrachten Informationsfreiheitsgesetzes hinaus müssen vor Ort neue Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung und einer „Gläsernen Verwaltung“ erprobt werden. Wir lehnen die von der schwarz-grünen Landesregierung geplante Einschränkung der Begehren in Schleswig-Holstein entschieden ab. Dies wäre ein demokratischer Rückschritt für unser Land.

Der SSW fordert daher:

- bürgernahe Verwaltungen, die ihre Dienste nah am Wohnort der Bürgerinnen und Bürger anbieten und mehr digitale Lösungen und Service anbieten als bisher.
- mehr Transparenz der Kommunalverwaltungen und der Kommunalpolitik: Sitzungen der kommunalen Ausschüsse sollten grundsätzlich öffentlich sein, und den Bürgerinnen und Bürgern muss ein unkomplizierter Zugang zu kommunalen Daten gewährt werden. So müssen alle Tagesordnungen und relevante Unterlagen der kommunalen Gremien im Internet verfügbar sein.
- dass die Kommunalverwaltungen von sich aus so viele Informationen wie möglich veröffentlichen, insbesondere auch im Internet, um eine bessere Bürgerbeteiligung zu ermöglichen. Kommunale Aushänge in Schaukästen und verklausulierte Zeitungsanzeigen werden der Lebenswirklichkeit der Bürgerinnen und Bürger nicht mehr gerecht. Größere Bauvorhaben sollen grundsätzlich ins Internet gestellt werden, unmittelbar betroffene Bürgerinnen und Bürger sollen direkt angeschrieben werden.
- eine kritische Überprüfung von Verwaltungsabläufen, um unnötige Aufgaben und Doppelstrukturen zu reduzieren.

6. Wir wollen eine kommunale Finanzpolitik mit sozialem und kulturellem Augenmaß

Seit Jahren sind die Kommunen und kreisfreien Städte in Schleswig-Holstein unterfinanziert. Hohe Abhängigkeit von konjunkturbedingten Einnahmen bei immer steigenden Sozialausgaben und Investitionsbedarfen, lassen den Kommunen und deren ehrenamtliche Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern nur einen beschränkten finanzpolitischen Handlungsspielraum. Kommunen können nicht immer weiter mit bürokratischen Aufgaben belastet werden ohne von Bund und Land mit den notwendigen finanziellen Mitteln ausgestattet zu werden. Hier müssen Bund und Länder dringend Abhilfe leisten und die kommunale Finanzierung reformieren.

Der SSW will eine verantwortungsvolle Finanzpolitik führen, die notwendige Mittel für soziale Initiativen, Kulturangebote und notwendige Investitionen in Schulen und Kitas bereit stellt, während der kommunale Haushalt nicht zu stark belastet wird. Bis Bund und Land die kommunalen Haushalte mit mehr Mitteln ausstatten, müssen wir unseren Teil dazu beitragen, die kommunale Verschuldung niedrig zu halten und uns möglichst großen finanzpolitischen Handlungsspielraum zu behalten. Dazu gehört auch, dass die Kommunalpolitik klare Prioritäten setzen muss.

Der SSW fordert daher:

- eine neue Finanzverfassung des Bundes, die den Kommunen einen größeren Anteil der Steuereinnahmen des Staates sichert. Das schafft neue Gestaltungsspielräume für die Politik vor Ort.
- dass das sogenannte Konnexitätsprinzip - wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen - nicht nur für das Land gilt, sondern auch, wenn der Bund den Kommunen neue Aufgaben auferlegt.
- eine Entschuldung der Altschulden besonders belasteter Kommunen. Insbesondere geht es um eine gerechtere Lastenverteilung zwischen den kreisfreien Städten, den Kreisen und den Kommunen. Wer mehr Aufgaben zum Wohle einer ganzen Region wahrnimmt, zum Beispiel im sozialen Bereich, muss hierfür auch mehr Geld erhalten.
- eine soziale und kulturell ausgewogene Haushaltskonsolidierung, wo die notwendigen Einsparungen nicht auf Kosten der Schwächsten und Ärmsten der Gesellschaft oder auf Kosten der kulturellen Angebote gemacht werden.

•

IV. Zur Kommunalwahl in Schleswig-Holstein gehen und SSW wählen

Die Kreise und Kommunen sind die Keimzellen der Demokratie. Es ist sehr wichtig, dass die Demokratie vor Ort gestärkt wird durch eine hohe Wahlbeteiligung. Die Kandidatinnen und Kandidaten sind ganz normale Menschen, die ehrenamtlich politisch tätig sein wollen. Sie haben Unterstützung für ihr politisches Engagement für die Demokratie verdient. Der SSW fordert daher alle Bürgerinnen und Bürger auf, ihre Stimmen zur Kommunalwahl in Schleswig-Holstein am 14. Mai 2023 abzugeben und dabei natürlich die Partei der dänischen Minderheit und nationalen Friesen - den SSW - zu wählen, um unsere Region zu stärken.

Die Kernforderungen des SSW zur Kommunalwahl 2023:

Wir wollen, dass das Leben in den Kreisen und Kommunen bezahlbar bleibt.

Wir wollen die Gleichstellung der kommunalen Angebote für die dänische Minderheit und die friesische Volksgruppe.

Wir wollen eine echte soziale Gemeinschaft mit mehr Gemeinwohlorientierung und weniger Profitdenken.

Wir wollen, dass die Kreise und Kommunen den Umwelt- und Klimaschutz und eine nachhaltige Energieversorgung ernst nehmen.

Wir wollen bürgernahe und transparente Kommunen.

Wir wollen eine kommunale Finanzpolitik mit sozialem und kulturellem Augenmaß.